

Historisch verankerte kommunale Identität in der „Freiheitsstadt“ Offenburg*

Von

Sylvia Schraut

Ein Suchbefehl im Internet brachte es rasch zu Tage: 17.200 Einträge (14. Mai 2019) beschäftigten sich mit dem Begriff „Freiheitsstadt“. Es gab einige wenige Werbungen für zu beziehende anarchistische Postkarten. Ein paar private Einträge benannten Kapstadt und Amsterdam als Freiheitsstädte. Doch nur eine Kommune schmückte und schmückt sich mit diesem Begriff höchst offiziell: Offenburg. Um Offenburg drehen sich daher auch die meisten einschlägigen Internetbeiträge. Auf der Homepage der Stadt ist zu lesen: „Offenburg versteht sich heute als ‚Freiheitsstadt‘ [...] Mit der heutigen Kultur- und Erinnerungsstätte Salmen befindet sich in Offenburg eine Wiege der Demokratie in Deutschland. Es ist das Offenburger Freiheitsdenkmal! Am 12. September 1847 versammelten sich im Gasthaus Salmen um Friedrich Hecker und Gustav Struve die ‚entschiedenen Freunde der Verfassung‘. Diese verabschiedeten mit den Forderungen des Volkes das erste politische Programm in Deutschland, das die unveräußerlichen Menschenrechte einforderte“¹. Und weiter ist zu erfahren: „Die Erinnerung an die revolutionäre Zeit hat sich im kollektiven Gedächtnis Offenburgs bis heute erhalten. Zum 150. Gedenken an die Ereignisse feierte die Offenburger Bevölkerung im Jahr 1997 über drei Tage hinweg das Offenburger Freiheitsfest. Mit dem jährlich am 12. September stattfindenden Salmengespräch und dem Freiheitsfest wird an die Verabschiedung der 13 Forderungen des Volkes durch die ‚entschiedenen Freunde der Verfassung‘ erinnert.“

Man mag darüber streiten, wie demokratisch denn die Versammlungen waren, die in Offenburg stattfanden, schließlich formulierten die ohne klares Mandat am 12. September 1847 in Offenburg zusammengekommenen Politiker, die *plebiszitäre Legislative*, wie sie später ein sozialdemokratischer Sympathisant

* Der vorliegende Beitrag dokumentiert den öffentlichen Abendvortrag, den ich am 27. Juni 2019 in Offenburg auf der Jahrestagung der Kommission für geschichtliche Landeskunde gehalten habe. Für den Druck wurde er um Quellenbelege und Literaturangaben ergänzt.

¹ https://www.offenburg.de/html/freiheitsstadt_offenburg.html?stichwortsuche=freiheitsstadt (14.3.2019), Hieraus auch die folgenden Zitate.

nennen sollte², ein Reformprogramm, das antrat die bestehende Verfassung zu sprengen. Es war ein Unterfangen, das von Regierungs- oder konservativer Seite zeitgenössisch als Hochverrat charakterisiert wurde. Auch die keineswegs durch Wahl legitimierten Offenburger Revolutionsversammlungen der folgenden Jahre lassen sich eher als revolutionäre Versammlung verstehen, die 1848 Mäßigung, 1849 aber den gewaltsamen Aufstand gegen die Ergebnisse der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt und deren Hintertreibung durch Preußen postulierten.

Schon diese einleitenden Sätze sollen verdeutlichen, dass die Ereignisse von 1847 bis 1849 in Deutschland und in Offenburg offen waren und sind für historische und politische Deutungen. Auch in Offenburg interpretierte man im Laufe der letzten eineinhalb Jahrhunderte die lokalen revolutionären Ereignisse recht unterschiedlich. Doch jenseits solcher historischen Kontroversen lässt sich feststellen: In Offenburg hat die Schaffung einer lokalen Identität mit Hilfe der Erinnerungskultur eine lange Tradition. In dieser historisch verankerten kommunalen Identität spielen die Ereignisse vom 12. September 1847 eine bedeutende Rolle. Einige der hier angesprochenen Deutungslinien sollen im Folgenden dargestellt werden.

Am Anfang solcher Bemühungen stand das Ehepaar Adolf und Marie Geck³. Adolf, der 1854 in Offenburg geborene Gastwirtssohn, erhielt nach dem Tod des Vaters 1864 den 1848er und späteren Sozialdemokraten Amand Goegg zum Vormund. Sein Mündel hatte offenbar in der Jugend berufliche Orientierungsschwierigkeiten. Nach dem Abgang vom Offenburger Progymnasium 1872 begann er glücklos ein Ingenieurstudium in Karlsruhe, das er 1878 ohne Abschluss beendete. Anschließend war er als Sekretär der Deutschen Volkspartei und Redakteur tätig. Zwischen 1881 und 1898 gab er in Offenburg den *Volksfreund* heraus, ein sichtbares Zeichen des Wechsels des nunmehrigen Zeitungsherausgebers zur Sozialdemokratie. Sein politisches Engagement manifestierte sich u. a. in der Mitgliedschaft im Bürgerausschuss seiner Heimatstadt zwischen 1885 und 1926. Nach Ende des Sozialistengesetzes fungierte er 1890–1893 als Landesvorsitzender der SPD in Baden. Mehrfach eroberte er Landtagsmandate für die SPD. Daneben saß er von 1898 bis 1912 im Reichstag. Innerbadische Querelen über den Kurs der SPD, wobei Geck zum linken Flügel der Partei gehörte, führten schließlich dazu, dass er 1898 die Richtlinienkompetenz über den *Volksfreund* verlor. Dass er nach Kriegsende für einige Jahre zur USPD wechselte, bevor er zur SPD zurückfand, bestätigt seine politische Verortung im linken Flügel der Sozialdemokratie. Seit 1892 war er mit der 1865 geborenen Marie Moßmann,

2 D'r Alt Offenburger, 13. Mai 1919.

3 Vgl. Erwin DITTLER, Adolf Geck 1854–1942. Von der „Roten Feldpost“ zum Arbeiterrat, in: Die Ortenau (1982) S. 212–301; Ute SCHERB, Marie Geck (1865–1927), Geschäftsfrau, Redakteurin, Armenrätin, in: Markante Frauen, hg. von Ruth JANSEN-DEGOTT / Anne JUNK, Offenburg 2006, S. 38–41; Ute SCHERB, Zwischen Theorie und Praxis, Die Freundinnen Marie Geck u. Clara Zetkin, in: Ariadne 51 (2007) S. 46–53.

verwitwete Schretzmann, verheiratet. Wie er war sie Sozialdemokratin. Fassbar wird sie unter anderem in der sozialdemokratischen Frauenbewegung. So schrieb sie beispielsweise Artikel für die von ihrer Freundin Clara Zetkin geleiteten SPD-Frauenzeitschrift *Gleichheit*.

Die wohl unfreiwillige Abgabe der Herausgeberschaft des *Volksfreunds* 1898 eröffnete Adolf Geck Freiräume für neue schriftstellerische Projekte, die er mit einer Zeitungsgründung umsetzte. Mit *D'r Alt Offenburger. Belletristische und humoristische Chronik der Kreishauptstadt Offenburg* betitelte Adolf Geck 1899 sein neues Blatt, das er ohne Rücksicht auf die sozialdemokratische Partei und Tagespolitik ganz nach eigener Vorstellung gestalten konnte. Es war überdies eine Zeitschrift, die unter tätiger Mitarbeit seiner Frau erfolgreich werden sollte und bis zu ihrer Zwangsauflösung am 18. März 1933 kontinuierlich ihren Leserkreis fand. Schon der Untertitel aus dem Jahr 1899 *Belletristische und humoristische Chronik* verdeutlicht, dass der Herausgeber einerseits ein unterhaltendes Regionalblatt plante, andererseits aber auch gedachte, die lokalen Tagesereignisse in seinem Sinne zu deuten. Diese Kommentare verfasste er launig geschrieben in Mundart und versteckte so seine politischen Wertungen im Vergnüglichen. Die 33 Ausgaben des ersten Jahrs des *D'r Alt Offenburger* lassen aber auch Rückschlüsse zu, dass der Herausgeber noch an der konkreten Form seiner Zeitschrift bastelte. Bis zum Ende des Jahres hatte er sie gefunden. In den ersten Ausgaben stehen die lokalen Faschingsfeiern, die kommunalen Haushaltsberatungen und zeitgenössische lokale Ereignisse im Vordergrund. Um solche und ähnliche Fragen sollte es auch in zukünftigen Ausgaben gehen. Mit der sechsten Ausgabe zum 13. Mai 1899 griff Geck jedoch zusätzlich zum ersten Mal die 1848/49er Revolution auf und erinnerte an die Ereignisse 50 Jahre zuvor. Von nun an gedachte nahezu jede Ausgabe der Zeitschrift neben der Tagespolitik eines historischen Ereignisses. In etwa jeder dritten Ausgabe standen die Geschehnisse des Jahres 1849 im Zentrum. Berichtet wurde vom badisch-pfälzischen Feldzug in der Revolution, von fahnenstickenden revolutionären Frauen – ein höchst progressives Thema in den 1890er Jahren – von Bauernaufständen im Kontext der Revolution, von einzelnen ihrer lokalen Protagonisten, von den Pressuren, die nach Ende der Revolution mit der preußischen Besatzung verbunden waren, und vom Bemühen der Zeitgenossen, die gefallenen oder hingerichteten Revolutionäre im lokalen, regionalen oder auch überregionalen Gedenken zu verankern. Geschildert wurden ausführlich auch die Anstrengungen der zeitgenössischen Obrigkeit, diese Erinnerungsarbeit zu verhindern. In ähnlicher Weise nutzte das Ehepaar Geck die Jahrgänge des *D'r Alt Offenburger* 60 Jahre nach der Revolution. Zahlreiche Artikel in den Jahrgängen 1907, 1908 und 1909 widmeten sich weiterhin der lokalen, nun aber auch der regionalen und überregionalen Revolutionsgeschichte.

Dabei erwiesen sich Adolf Geck und seine mitschreibende Ehefrau Marie fest verwurzelt in der marxistisch/sozialistischen Interpretation des Scheiterns der Revolution, die von Friedrich Engels' Enttäuschung über die mangelnde Kampf-

bereitschaft des deutschen Kleinbürgertums geprägt war⁴. So war ganz im Sinne von Engels über die badisch-pfälzischen Aufstände in der Ausgabe des *D'r Alt Offenburger* vom 24. Juni 1899 zu erfahren: *Die Niederlage der kleinbürgerlichen Revolution in Baden und in der Pfalz war die Niederlage des deutschen Kleinbürgerthums überhaupt. Seine höchste Kraftentfaltung in den Jahren der Revolution hatte sich dennoch als unzureichend erwiesen, um den Absolutismus und Feudalismus zu brechen, oder um die verrätherischen Vorspiegelungen der Bourgeoisie zu durchschauen oder um ein ehrliches und klares Verhältnis zur Arbeiterklasse zu gewinnen*⁵. Das eher negative Bild der Revolutionsversuche hielt die Sozialdemokratie im Allgemeinen jedoch nicht davon ab, den einzelnen Revolutionären (ob nun aus dem Kleinbürgertum oder nicht) große Achtung zu zollen, die Erinnerung an sie zu pflegen und sie einer sozialdemokratischen, an Revolution orientierten Traditionspflege und Erinnerungskultur einzuverleiben.

Als Beispiel für die Traditionslinie, die die Sozialdemokratie in Sachen Erinnerung an 1848 einschlug, lassen sich die Auseinandersetzungen um den Friedhof der Märzgefallenen in Berlin heranziehen⁶. Der Friedhof war die neu eingerichtete Begräbnisstätte für die 183 (später gestiegen auf 254) getöteten Zivilisten anlässlich der Berliner Unruhen am 18. März 1848. Die Begräbnisfeierlichkeiten am 22. März 1848 nahmen den Charakter eines deutschlandweit sichtbaren Bekenntnisses zur Revolution an. Rund 100.000 Menschen sollen beteiligt gewesen sein. In der Folge entwickelte sich der Friedhof zum bald umkämpften Erinnerungsort für die Revolution. Von Seiten der Obrigkeit wurde versucht, den Zugang zum Friedhof insbesondere am 18. März zu verhindern. Es gab sogar Pläne, den Friedhof aufzulösen, um die Erinnerung an die Märzereignisse von 1848 zu vernichten. Waren es erst die 1848er, die im Gegenzug das Gedenken an die Getöteten aufrecht zu erhalten versuchten, so übernahm spätestens seit den 1870er Jahren die Sozialdemokratie die Pflege der öffentlichen Erinnerung. Jährliche Auseinandersetzungen am 18. März zwischen Sozialdemokraten und Obrigkeit begleiteten das Deutsche Kaiserreich, und Franz Mehring schrieb in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ (1897/98), die Bourgeoisie habe den Berliner Aufstand vom 18. März 1848 veraten und *ihr böses Gewissen ließ den Friedhof verwildern, wo die gefallenen Volkskämpfer zur Ruhe gebettet worden waren. Der Rost nagte an den Buchstaben und Ziffern der Kreuze, und über den versunkenen Grabhügeln wehte das*

4 Vgl. Friedrich ENGELS, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, in: Karl MARX / Friedrich ENGELS, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 109–197.

5 *D'r Alt Offenburger*, 24. Juni 1899.

6 Vgl. Bernd BRAUN, Märtyrer der Demokratie? Das Hambacher Schloss, der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain und die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, in: *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*, hg. von Thomas HERTFELDER / Ulrich LAPPENKÜPER / Jürgen LILLTEICHER, Göttingen 2016, S. 223–246.

*Gras zusammen. Dann aber kam der Tag, an dem das erwachte Klassenbewusstsein des Proletariats die historische Bedeutung der Märzrevolution begriff und die Gräberstätte des Friedrichshains von neuem weihte*⁷. Unversehens erklärten sich so die sich selbst als Revolutionäre fühlenden Sozialdemokraten zu Erben der angeblich vom Bürgertum verratenen Revolution.

In der Weimarer Republik wurde die Tradition der jährlichen Friedhofsfeiern von Vertretern der SPD, der KPD, der Gewerkschaften sowie vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aufrechterhalten und mit der Novemberrevolution verbunden. Nun freilich bedurfte es keines besonderen Mutes mehr, der 1848er zu gedenken. Während des Nationalsozialismus wurde es still um den Friedhof. Doch nach Kriegsende entdeckte das linke Deutschland den Friedhof erneut. Die DDR knüpfte in ihrem Bemühen, das eigene System in die revolutionäre Vergangenheit Deutschlands einzubinden, an die sozialdemokratische Tradition an und veranstaltete jährliche Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen. Aber auch eine West-Berliner Initiative organisierte seit 1979 Kranzniederlegungen. Das Gedenken auf dem Friedhof hat die deutsche Wiedervereinigung überlebt. Seit 2011 dokumentiert dort eine Ausstellung die Geschichte der Märzgefallenen.

Das Ehepaar Geck konnte 1899 von der weiteren Entwicklung der Erinnerung an die 1848er Revolution, die sich im Geschehen um den Friedhof der Märzgefallenen symbolisch manifestiert, nichts wissen. Doch mit ihren Berichten über Offenburg in der Revolution schrieben sie ihre Heimatstadt als lokales Zentrum nicht nur in die sozialdemokratische Revolutionsgeschichte und Erinnerungskultur ein. Sie lieferten überdies Bausteine zu einer allgemeinen Revolutionsgeschichte und zogen nebenbei Lehren aus dem Geschilderten. Den örtlichen Revolutionären setzten sie schriftstellerische Denkmäler und sie befeuerten die lokale Erinnerungskultur. Betrachten wir die einzelnen Aspekte näher:

Das Einschreiben der Offenburger Revolutionereignisse in die sozialdemokratische Erinnerungskultur bei aller sozialistischen Distanz zur bürgerlichen Revolution hatte Adolf Geck als Führungsfigur der badischen Sozialdemokratie schon vor dem Erscheinen seiner Zeitschrift betrieben. Am 11. September 1897 wusste das *Offenburger Tageblatt* von einer Veranstaltung der Landes-SPD in Offenburg am gleichen Abend zu berichten, die der *Erinnerung an die Einheits- und Freiheitsbewegung des badischen Volkes 1848/49* gewidmet war. Unter anderem gab es einen Vortrag mit dem Titel: *Die Offenburger Volksversammlung vom 12. September 1847. Eine historisch-kritische Einleitung zur 50-jährigen badischen Revolutionsfeier*. In gewisser Weise lässt sich die Veranstaltung als Vorläufer der 2003 installierten Offenburger Freiheitstage begreifen. Kein geringerer als der spätere erste Ministerpräsident Württembergs nach der Novem-

7 Franz MEHRING, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 2, Stuttgart 1909, S. 12.

8 Veranstaltungsanzeige im *Offenburger Tagblatt*, 11. September 1897.

berrevolution, der Reichstagsabgeordnete und, so das Offenburger Tageblatt *Geschichtsschreiber* Wilhelm Blos, hielt den Festvortrag⁸. Er hatte 1891 eine Monografie über die Revolution 1848/49 vorgelegt⁹. 1910 schob er eine Publikation über die badische Revolutionsgeschichte nach. In der Rezension des Buches in der sozialdemokratischen *Neuen Zeit* war zu lesen: Diese Schrift sei eine Ergänzung *auch zu dem bekannten Aufsatz von Engels über den badisch-pfälzischen Aufstand, der, so berechtigt er zu seiner Zeit war und so lehrreich er heute noch zu lesen ist, doch im einzelnen weder den Dingen noch den Personen immer gerecht wird. Nicht als ob Blos im wesentlichen eine andere historische Auffassung hätte als Engels, aber er bringt reicheres Material an Tatsachen bei, die manches in freundlicherem Lichte zeigen, als es bei Engels erscheint*¹⁰. Es lohnt sich der Blick in die Anfangs- und Endworte, mit denen Blos die badische Revolution beschrieb: *Schon am 12. September 1847 hatten Friedrich Hecker und Gustav Struve eine Versammlung nach Offenburg einberufen, wo die bekannten Volksforderungen – Preßfreiheit, Volksbewaffnung usw. – aufgestellt wurden. Struve fügte noch die Forderung eines ‚Ausgleichs des Mißverhältnisses von Kapital und Arbeit‘ hinzu. Weiter ging sein kleinbürgerlicher Sozialismus nicht*¹¹. Mit dieser Wertung lag Blos in der sozialdemokratischen Traditionslinie. Aber Blos betonte auch am Ende seiner Schrift weitaus freundlicher: *Wien und Baden sind es gewesen, die damals alles eingesetzt haben, um die neuerrungene Freiheit festzuhalten. Sie mußten unterliegen, wie sie vom übrigen Deutschland, von vereinzelt Ausbrüchen abgesehen, im Stiche gelassen wurden. Dadurch fiel die Lösung der deutschen Frage den reaktionären Faktoren zu*¹². Und weiter: *Je schmerzlicher wir das Elend unserer Zeit empfinden, desto größer erscheinen uns die Bewegungen von 1848 und 1849, die wenigstens zum guten Teil dem vorgebeugt hätten, was heute über uns hereinbricht, wenn sie zum Ziele gelangt wären. Das darf aber niemanden entmutigen. Wenn das deutsche Bürgertum die bürgerliche Freiheit nicht gegenüber den reaktionären Gewalten sicherstellen konnte, so geht heute die große soziale Bewegung durch die Welt, die sich neue Ziele gesteckt hat. Die Revolutionen alten Stils sind in den modernen Ländern vorüber: die neue Bewegung wandelt auf neuen Pfaden*¹³. In diesem Sinne arbeitete auch das Ehepaar Geck an der sozialdemokratischen Rehabilitierung nicht der Revolution, aber der badischen Revolutionäre und es lässt sich durchaus vermuten, dass die Gecks Einfluss auf das Revolutionsbild von Wilhelm Blos genommen haben.

9 Vgl. Wilhelm BLOS, *Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849*, Stuttgart 1891.

10 Rezension zu Wilhelm BLOS, *Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849*. Mannheim 1910, in: *Die neue Zeit / Feuilleton* 28 (1909–1910) H. 31, S. 854.

11 Wilhelm BLOS, *Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849*, Mannheim 1910, S. 5.

12 Ebd., S. 135.

13 Ebd.

Über die sozialdemokratische Rehabilitierung der badischen Revolutionäre hinaus lieferte das Ehepaar Geck Bausteine einer allgemeinen und insbesondere regionalen Revolutionsgeschichte und versah sie mit (moralischen) Lehren für die eigene Gegenwart. Damit beschritten Adolf und Marie Geck zeitgenössisch bislang wenig begangene geschichtswissenschaftliche Pfade. Denn das 50-jährige Jubiläum der gescheiterten Revolution 1848/49 hatte zeitgenössisch in der Geschichtswissenschaft keineswegs zu reger Forschungs- und Publikations-tätigkeit geführt. Die Revolutions- und vor allem die Antirevolutionsinterpretationen wurde vorrangig den Politikern überlassen. Bekannt ist neben der außer-universitären sozialdemokratischen Geschichtsschreibung als selbständige Veröffentlichung in dieser Epoche eigentlich nur die Monografie, die Hans Blum zum 50. Geburtstag der Revolution 1898 publizierte. Der Rechtsanwalt und nationalliberale Reichstagsabgeordnete, Sohn des 1848 in Wien hingerichteten Paulskirchenabgeordneten und Revolutionärs Robert Blum, legte eine Geschichte der 1848er Revolution vor, die eine große Leserschaft erreichte¹⁴. Es handelte sich um eine detail- und quellenreiche Schrift, die vor allem das Bestreben der Revolutionäre, einen Nationalstaat zu schaffen, in den Vordergrund hob. Unversehens entpuppte sich Blums Vater in der Rückschau als Vorläufer Bismarcks. Über die Versammlung am 12. September in Offenburg ist zu lesen: *Am 12. September 1847 hielten die Radikalen in Offenburg, unter dem Vorsitz des jugendlich feurigen Mannheimer Advokaten und Landtagsabgeordneten Friedrich Hecker eine große Volksversammlung ab, und beschlossen hier eine Reihe von Forderungen an die Regierung zu erheben, die auf dem damaligen Boden der ‚Gesetzlichkeit‘ schlechterdings nicht auszuführen waren. Selbst die liberale badische Regierung antwortete daher auf dieses Begehren mit Hochverratsprozessen. Denn in Offenburg war beschlossen: ‚Lossagung von den Beschlüssen zu Karlsbad, Frankfurt und Wien; Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit; Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und Schutz der persönlichen Freiheit gegenüber der Polizei; Nationalvertretung beim deutschen Bunde; volkstümliche Wehrverfassung; gerechte Besteuerung, allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts; Geschworenengerichte; volkstümliche Staatsverwaltung; Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und Abschaffung aller Vorrechte‘¹⁵. Hier zeigte sich nach Meinung des Verfassers bereits, dass man die Verwandlung des monarchischen Staates Baden in eine Republik plante, ein Vorhaben, das Hans Blum nicht gutheißen konnte und er resümierte: *Der kaltsinnige Fanatismus Struves, der die warmblütigen Redner und Leiter der Offenburger Versammlung fast willenlos beherrschte, prägte sich in diesen Beschlüssen aus*¹⁶. Blums Ablehnung solch kaltsinnigen Engagements durchzog seine Darstellung der 1848er Ereignisse.*

14 Hans BLUM, Die deutsche Revolution 1848–49, Florenz/Leipzig 1898.

15 Ebd., S. 76.

16 Ebd., S. 76 f.

Das hier gezeichnete Geschichtsbild unterschied sich deutlich von der Kritik der Sozialdemokratie an der fehlenden Radikalität der Revolutionäre. Auch der linksliberale, die Universitätslaufbahn einschlagende Historiker, Veit Valentin, der seit 1907 zur 1848er Revolution publizierte und 1930/31 eine viele Jahrzehnte als Standardwerk geltende Geschichte der 1848er Revolution vorlegte, konnte den Offenburger Ereignissen von 1847 nicht viel Positives abgewinnen. *In Offenburg*, so schrieb er, *fand am 12. September eine Versammlung der ‚Ganzen‘ unter Struves und Heckers Leitung statt. Noch wurde die Republik nicht gefordert; aber daß die Revolution mit aller stürmischen Leidenschaft angekündigt wurde, konnte nicht mißverstanden werden*¹⁷. Valentin zitierte einen damaligen gemäßigten Parteifreund der Liberalen mit den Worten: *Die Offenburger Versammlung sei eine freche Kriegserklärung der Zeitungsschreiber; Banditentum und Plünderung der Kommunisten stehe nun bevor; ein Partei habe sich nun gebildet, deren stehendes Heer die betörten Handwerksburschen und beutelustigen Schüler Babeufs sein sollen*¹⁸. Für eine lokale revolutionäre Traditionsbildung im Sinne Badens oder Offenburgs waren die Werke des Sozialdemokraten Bloss, des Nationalliberalen Blum, aber auch des Linksliberalen Valentin nur bedingt brauchbar.

Die Gecks beschränkten einen vierten Weg. Jenseits der sozialdemokratischen Überlegungen, wer denn nun am Scheitern der Revolution verantwortlich gewesen sei, schilderten sie die lokalen Ereignisse und das persönliche Engagement bzw. den persönlichen Mut der lokalen und regionalen Revolutionäre unabhängig von den Ergebnissen. Sie nutzten die Geschichtserzählung zur Beförderung des lokalen Patriotismus, lieferten Deutungen der Geschehnisse in der Vergangenheit und leiteten aber auch aus der solchermaßen betriebenen Traditionsstiftung mehr oder weniger deutliche Hinweise für richtiges politisches Handeln in der eigenen Gegenwart ab. So behandelte *D'r Alt Offenburger* beispielsweise am 13. Mai 1899 die 50 Jahre zuvor stattgefunden große Volksversammlung in Offenburg: *Die große Volksversammlung am 13. Mai zu Offenburg, die Landesvolksversammlung, wie sie genannt wurde! Innerhalb der Ringmauern der ehemaligen Reichshauptstadt (sic!)¹⁹, die 1849 wohl 4.000 Köpfe zählte, preßte sich eine etwa 8–10fach größere Menge von Menschen zusammen, welche auf den Ruf des Komitee's an dessen Spitze Amand Gögg stand, aus allen Gegenden des Landes herbeigeströmt waren, um gegen die Reaktion des Ministeriums Bekk das neue Gesetz des badischen Volkswillens zu proklamieren. Die Männer der plebiszitären Legislative tagten zur Vorversammlung in der Gartenwirtschaft des Zähringer Hofes (sog. Kegelebahn), die heute noch zum großen Theil erhalten ist [...]*²⁰.

17 Veit VALENTIN, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849*. Bd. 1, Berlin 1930, S. 101.

18 Ebd.

19 Geck meinte wohl Reichsstadt.

20 *D'r Alt Offenburger*, 13. Mai 1919. Hieraus auch das folgende Zitat.

Es sind lokalgeschichtliche Informationen, die der *D'r Alt Offenburger* durchaus mit politischen Deutungen zu verbinden wusste, wenn diese Oppositionsveranstaltung gegen die Regierung als *plebiszitäre Legislative* ihre demokratischen Weihen erhielt. Und im Sinne der Traditionsstiftung heißt es weiter: *Wer heute das Lebensalter über 60 Jahre erreicht hat, erinnert sich als alter Offenburger des gewaltigen Volkslebens vom 13. Mai 1849. Etliche Bürger leben noch, die damals in dem Offenburger Freischaaren-Fähnlein mit auszogen, für die Verfassung, das Recht und die Freiheit mit der Waffe zu kämpfen. Auch den Epigonen der 1849er Offenburger, welche zum Gedächtnis diese Schilderung lesen, muß jener 13. Mai als ein weltgeschichtlicher bedeutender Tag erscheinen.* Fazit: Den sozialdemokratischen Revolutionären der 1890er Jahre sollte jetzt klar sein: In Offenburg wurde 1849 revolutionäre Weltgeschichte geschrieben.

In das, aus der Geschichte abgeleitete, in der Gegenwart erhoffte revolutionäre Engagement wurden selbstverständlich die Frauen eingebunden. So war beispielsweise im *D'r Alt Offenburger* vom 24. Juni 1899 zu erfahren: *In jenen Tagen der Begeisterung half auch das weibliche Geschlecht die Gluth der revolutionären Flammen schüren. In verschiedenen Orten des Landes drückten die Frauen und Mädchen dem Anführer des lokalen Aufgebots der Freischaaren das Banner der deutschen Einheit in die Hand und beschworen ihre Söhne, Brüder und Geliebten, in Ehren für ein einiges, freies Deutschland auf dem Schlachtfeld zu kämpfen*²¹. Berichtet wurde weiter von den Revolutionärinnen, die ihre politische Überzeugung bekundeten, indem sie Fahnen stickten und von den Appellen an die Frauen, künftighin keinem Feigling die Hand schenken zu wollen. Mitgeliefert wurde auch hier die Lehre, die aus den vergangenen Ereignissen gezogen werden sollte: *Wie man heute über die Bewegung jener Tage urtheilen mag, wer möchte leugnen, daß in diesen Worten der zum Kampfe ausziehenden Bauern ein Idealismus und eine Liebe zu den höchsten Gütern eines Kulturvolkes sich bekundet?*²²

Zu den zentralen Anliegen Adolf Gecks und seiner Frau Marie, die mit den historischen Artikeln im *D'r Alt Offenburger* verbunden waren, gehörte auch die Pflege des lokalen Gedenkens. Häufig genutztes Mittel zum intergenerationellen Wachhalten der Erinnerung stellten zeitgenössisch neben dem Aufstellen von Grabsteinen für tote Revolutionäre die Bemühungen dar, Denkmale für die getöteten Vorbilder zu errichten. Solches Ansinnen wurde in den Restaurationsjahren nach 1848/49 von der Obrigkeit streng verfolgt. Wilhelm Bloss widmete in seiner 1910 publizierte Badischen Revolutionsgeschichte den Grabmalen und Denkmälern der Badischen Revolution ein eigenes Kapitel. Er beschrieb das 1874 auf dem Mannheimer Friedhof errichtete Denkmal. Viele ehemalige 1848er seien bei der Enthüllung zugegen gewesen und die Feierlichkeiten seien in ganz Deutschland aufmerksam beobachtet worden. Es habe sich um ein Ereignis

21 *D'r Alt Offenburger*, 24. Juni 1899.

22 Ebd.

gehandelt, das zwei Jahre später, 1876 noch den alten Revoluzzer Amand Goegg zum Schwärmen über die anlässlich der Einweihungsfeier gezeigte *republikanische [...] Begeisterung* gebracht habe²³. In Waghäusel, so berichtete Blos weiter, habe die Schwester eines Revolutionärs ein Massengrab getöteter Revolutionssoldaten mit einem Grabstein für ihren Bruder geschmückt, der so der Grabsteintext, *sein Leben hingegeben habe, um deine Brüder zu beglücken*²⁴. Das Fräulein, Lehrerin in Heidelberg, sei jedes Jahr am Todestag ihres Bruders gekommen, aufmerksam beobachtet von der einheimischen Bevölkerung. Und Blos berichtete auch von der ersten Etappe der Auseinandersetzungen um ein Revolutionsdenkmal in der Festung Rastatt.

Anfang der 1870er Jahre hatte Amand Goegg, die Initiative ergriffen, ein Denkmal für die 1849 in Rastatt standrechtlich erschossenen Revolutionäre zu schaffen. Sammlungen in Amerika und Deutschland reichten aus, einen entsprechenden Denkstein zu finanzieren, der 1874, 25 Jahre nach dem Ende der Revolution gesetzt werden sollte. Der Plan scheiterte am Verbot des preußischen Kriegsministeriums. Der Stein des Anstoßes wurde später im Auftrag Amand Goeggs zu einem Grimmelshausendenkmal umgearbeitet und steht seit 1879 in dessen Heimatstadt Renchen. *Deutsch Volk, belogen und betrogen / Im Streit um hohes Ideal / Durch Not und Elend durchgezogen / Aus Wunden blutend ohne Zahl / Einfält'gen Herzens, tief verwildert / Berührt doch von der Muße Kuß / Deutsch Volk, du warst, den er geschildert / Der arme Simplizissimus*, so die Inschrift, die sich gleichermaßen auf die 1848er und den Simplizissimus von Grimmelshausen beziehen ließ.

Der Plan für ein Denkmal zu Ehren der hingerichteten 1848er wurde nach der Entfestigung Rastatts in den 1890ern wieder in Angriff genommen. Ein Denkmalkomitee aus Demokraten und Sozialdemokraten sammelte erneut Geld. Eine beabsichtigte Gedenkfeier erwies sich 1899 ähnlich wie die zeitgenössischen Geschehnisse um den Friedhof der Märzgefallenen in Berlin als Prüfstein für die Grenzen der Meinungsfreiheit im Wilhelminischen Kaiserreich und in seinem badischen Bundesstaat. Die Entscheidung lag nunmehr in der Verantwortung des Rastätter Gemeinderats, der sich zu einer halbherzigen Zustimmung entschloss. Verboten blieb jedoch die Einmeiselung des Wortes „Freiheitskämpfer“ und die geplante Erinnerungszeile: *Gewidmet von Demokraten und Sozialdemokraten aus America und Deutschland zur 50jährigen Gedenkfeier*. Zu Lesen waren nur die Namen der 19 Erschossenen mit der Inschrift: *Ruhestätte für die im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich erschossenen* (sic!)²⁵. Erst zum 75. Jahrestag im Jahr 1924 – zur Zeit der Weimarer Republik – wurde hinter dem Partizip das Wort „Freiheitskämpfer“ ergänzt. Die badische Regierung verbot überdies 1899

23 Amand GOEGG, Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf, New York 1876, S. 171.

24 BLOS, Badische Revolutionsgeschichten (wie Anm. 11) S. 140.

25 Vgl. D'r Alt Offenburger, 19. August 1899.

jede öffentliche Feier zu Ehren der erschossenen Revolutionäre. Nicht weiter verwunderlich ist es, dass nicht nur Wilhelm Blos, sondern auch Adolf Geck im *D'r Alt Offenburger* ausführlich über die Streitereien rund um das Denkmal berichteten. Adolf Geck blieb trotz aller Widerstände dem Erinnerungsgedanken treu. Erneut wurde ein Fond zur Pflege der *ehrwürdigen Rebellenstätte* in der vormaligen Festung Rastatt ins Leben gerufen²⁶. Geck übernahm im Auftrag des Denkmalkomitees die Verwaltung des Fonds und nutzte ihn schließlich 20 Jahre später, 1919, auf Anregung der USPD zur Feier eines 70-jährigen Gedenkfestes in Rastatt. Am 3. August 1919 hielt Geck anlässlich der dortigen Feier eine Gedenkrede und er sorgte auch dafür, dass endlich auf den Gräbern die Worte stehen durften, *deren Anbringung die monarchistische badische Regierung bisher unter dem Einfluss der preußischen Garnisonsverwaltung aus politischen Gründen verboten hatte*²⁷.

Die Pflege der lokalen revolutionären Geschichte, der revolutionären Traditionsstiftung und Erinnerungskultur hat das Ehepaar Geck indes in der Weimarer Republik im *D'r Alt Offenburger* zunehmend vernachlässigt. Zu sehr mögen die zeitgenössischen Auseinandersetzungen, die Spaltung von SPD und USPD und die Auflösung der letzteren, aber auch die politischen Tagesereignisse den erinnerungspolitischen revolutionären Schwung genommen haben. Marie Geck trat 1925 sogar aus der SPD aus.

Der Pflege der Offenburger revolutionären Tradition und Erinnerungskultur nahm sich in Weimar ein anderer an: der Redakteur des *Offenburger Tageblatts* und zukünftige Gründer der Graphischen Werkstätte, Franz Huber. Schon 1927 veröffentlichte das DDP-Mitglied Huber im Offenburger Adressbuch die Verteidigungsschrift des Bürgermeisters Réé für sich und die Gemeinderäte aus dem Jahr 1849 gegen die Anklage wegen Hochverrats vor dem Hofgericht Bruchsal. *Ich möchte glauben*, schrieb er im Vorwort, *daß im besonderen die Offenburger mit Interesse das hier veröffentlichte Dokument aus einer zweifellos großen Zeit lesen, und auch durch dieses Stück Heimatgeschichte, das selbst für unsere Tage noch von aktueller Bedeutung ist, enger mit der Stadt und dem Reich, der deutschen Republik verwachsen*²⁸. Auch Huber ging es offenbar um politische, auf Geschichte beruhende Identitätsstiftung im lokalen Raum, nun freilich nach der Einrichtung der Demokratie um staatsloyale Zustimmung zur Republik.

1931, zwei Jahre nach Gründung der Graphischen Werkstätte, veröffentlichte er eine selbständige Publikation zur Versammlung der entschiedenen Verfassungsfreunde am 12. September 1847 in Offenburg. Wie sehr sich die Sozialdemokratie der 1920er Jahre von ihren Bestrebungen der 1890er Jahre unterschied,

26 *D'r Alt Offenburger*, 27. Juli 1919.

27 Ebd.

28 Verteidigungsschrift des Bürgermeisters Réé für sich und die Gemeinderäte [...] Gegen die Anklage wegen Hochverrats vor dem Hofgericht Bruchsal, mitgeteilt von Franz Huber im *Offenburger Adressbuch* 1927, S. 1*.

wird im Vorwort zu dieser Schrift deutlich. Es war von dem sozialdemokratischen Freiburger Schuldirektor Albert Kuntzemüller verfasst worden. Eine Publikation über die Offenburger Ereignisse sei dringend nötig, so Kuntzemüller. *Was sich damals ereignet hat, braucht das Licht der Oeffentlichkeit wirklich nicht zu scheuen. Im Gegenteil. Mit dem Hinweis auf den revolutionären Charakter der Bewegung ist sie natürlich nicht erschöpft. Noch heute vergisst man nämlich nur zu leicht hinzuzufügen, dass sie vielleicht weniger eine revolutionäre als eine nationaldeutsche Bewegung gewesen ist*²⁹. Dieser nationaldeutsche Zug sei früher absichtlich totgeschwiegen worden. *Umso mehr haben wir Republikaner und Demokraten also Grund, uns mit ihr eingehend zu befassen und der Jugend zu zeigen, dass in jenen Jahren trotz aller späteren Verunglimpfung wertvollste Vorarbeit zur Einigung Deutschlands geleistet wurde*³⁰. Demnach war es in der Revolution wenig um Freiheits- und Menschenrechte, vielmehr um den deutschen Nationalstaat gegangen. In diese Deutungslinie passte sich die Schrift Hubers ein. Er begriff sich als aufrechten Demokraten, was ihn freilich, dies sei nebenbei bemerkt, später nicht daran hinderte, in seiner Zeitschrift *Ortenauer Rundschau* Hitler als Vollender der Idee von 1848 zu propagieren. In seinem Buch von 1931 arbeitete der Autor sorgfältig den historischen Kontext des Offenburger Forderungskatalogs auf. Über die städtische Gesellschaft in der Revolutionsepoche ist zu erfahren: *In den Jahren 1847/1849 hat die Stadt Offenburg eine nicht unbedeutende Rolle in der badischen Geschichte gespielt. Offenburg kam direkt in den Geruch, ein Herd der revolutionären Bewegung zu sein. Offenburg war zweifellos eine Stadt mit einer fortschrittlichen, demokratisch gesinnten Bevölkerung. Der Gemeinderat und der Bürgermeister Ree wirkten in demokratischem Geiste. Abgesehen von einzelnen, hauptsächlich jüngeren Persönlichkeiten, waren die Offenburger der Jahre 1847/49 aber keine Revolutionäre. Sie waren wohl, soweit sie politisch tätig waren, im allgemeinen Republikaner, aber sie stellten ihre republikanischen Gedanken nicht als aktuelle Forderungen heraus, sondern sie wollten auf gesetzlichem Wege fortschreiten und so schließlich zur Republik kommen*³¹. Unversehens waren die revolutionären Helden Adolf Gecks zu Freunden von Staat, Nation und Verfassung geworden, die diese eigentlich nur durch Reformen weiter entwickeln wollten.

Auf der Suche nach neuerlichen Anknüpfungspunkten an die revolutionäre freiheitliche Tradition Offenburgs kann die nationalsozialistische Diktatur und der Zweite Weltkrieg übersprungen werden. Doch schon bald nach Kriegsende lassen sich Versuche belegen, die 1847er-Tradition in Offenburg neu zu beleben. Eigentlich stand die Erinnerung an die revolutionäre Geschichte nicht im Zen-

29 Vorwort von Albert Kuntzemüller zu Franz HUBER, Der 47er Ruf aus Offenburg. Die Versammlung entschiedener Verfassungsfreunde am 12. Sept. 1847 in Offenburg (Baden), Offenburg 1931.

30 Ebd.

31 Ebd., S. 3.

trum der (geschichts-)politischen Debatten in den Nachkriegsjahren. Schwierigkeiten mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur, die Teilung in Besatzungszonen, die Pressezensur seitens der Besatzungsmächte, Papiermangel und die herrschende soziale Not mögen dazu beigetragen haben, dass Publikationen zur Revolution 1848 kaum nachzuweisen sind und auch Erinnerungsfeiern nur selten abgehalten wurden. Die wenigen zeitgenössischen Veröffentlichungen aus dem Jahr 1947 zur Revolutionsphase spiegeln überdies die sich abzeichnende deutsche Teilung und den beginnenden Kalten Krieg. Der Revolution gedachte man eher in der SBZ. In den Westzonen war es höchstens das parlamentarische Werk der Paulskirche, das Aufmerksamkeit fand³². Neben der revolutionären Verfassungsarbeit, an die in Frankfurt erinnert wurde, scheint es nur eine Stadt in den Westzonen gegeben zu haben, die 1947 ihre Beteiligung an der 1848-Revolution mit einem eigenen Buchprojekt feierte: Offenburg.

Die Vorgeschichte zu dieser Publikation und einer zugehörigen Revolutionsfeier lässt sich als Interaktion von Geschichtswissenschaft, Landes-, Besatzungs- und Kommunalpolitik darstellen, wobei die Kommune eigentlich nur reagierte. Die Initiative konnte der bereits erwähnte Druckereibesitzer und Redakteur Franz Huber für sich beanspruchen. Verstärkend übte die Landespolitik sanften Druck auf Bürgermeister und Gemeinderäte in Offenburg aus. Schon am 12. Februar 1947 hatte sich Franz Huber an den Präsidenten des Staatssekretariats Baden in Freiburg, Leo Wohleb, gewandt. Wie er dem zukünftigen badischen Staatspräsidenten wissen ließ, hielt er es *für angebracht, dass das Badische Staatssekretariat dafür Sorge trägt, den Jubiläumstag am 12. September 1947 [...] in Gedächtnisstunden der politischen Gemeinden der französischen und auch der amerikanischen Zone unseres Landes begehen zu lassen, damit unser Volk sich bewusst wird, welche Verpflichtung es aus der Zeit seiner Großväter hat*³³. Dieses Vorhaben war dann wohl doch ein wenig zu groß angelegt und so wandte sich Huber 14 Tage später, am 23. Februar 1947, an den Offenburger Bürgermeister Gustav Ernst. Er erinnerte an die Versammlung der „Verfassungsfreunde“ am 12. September 1847 in Offenburg und regte an, diesen Tag in der Stadt festlich zu begehen, denn schließlich seien die Versammlung und *die auf ihr gefasste Entschliessung [...] richtungsweisend für die kommenden grossen Jahre gewesen*³⁴. Wichtig sei auch eine Veröffentlichung zu den Offenburger Abgeordneten und Revolutionspolitikern, Ree, Volk und Schaible. Die Gemeindevertretung

32 17 Publikationen zu 1848 sind in der Deutschen Nationalbibliothek, im BVB und SBZ für das Erscheinungsjahr 1947 unter den Schlagworten 1848 oder Revolution aufgeführt, darunter auch eine Monographie von Kähni über Offenburg.

33 Schreiben Franz Hubers, 12. Februar 1947, StA Freiburg, A2, Bad. Staatskanzlei, C5-1, Nr. 861, Bild 3.

34 Vgl. hierzu Vorbereitung und Durchführung einer Feier am 13. September 1947 anlässlich der 100-jährigen Wiederkehr der 1. Demokratischen Landesversammlung in Offenburg am 12. September 1947, hier Schreiben von Franz Huber an Bürgermeister Gustav Ernst vom 23. Februar 1947, StadtA Offenburg, 5/1109.

stimmte der geplanten Publikation zu. Sie beauftragte mit einer entsprechenden Broschüre den lokalen Gymnasiallehrer und Heimatkundler Otto Kähni, wollte von weiteren Events jedoch absehen. Huber scheint sich für ein größeres lokales Vorhaben die Rückendeckung Wohlebs erkämpft zu haben, denn sechs Wochen später erreichte das Offenburger Bürgermeisteramt ein Schreiben des Präsidenten des Staatssekretariats in Freiburg. Der zukünftige Staatspräsident Südbadens ließ wissen, man habe ihn darüber informiert, *daß am 12. September 1947 hundert Jahre seit der denkwürdigen ersten demokratischen Landesversammlung in Offenburg verfloßen sein werden*³⁵. Und er kam zum Ergebnis: *Wir möchten anregen, dieser Angelegenheit an dem genannten Tage durch eine Feierstunde zu gedenken, und teilen dies jetzt schon mit, um eine entsprechende Vorbereitung zu ermöglichen*³⁶. In den folgenden Wochen nahm die von der Landespolitik angeregte oder aufgetragene „Feierstunde“ in Offenburg Gestalt an. Ursprünglich von Franz Huber als aufwendiges zweitägiges Event mit bezahlter Befreiung von der Berufsarbeit geplant, sorgten Bürgermeister und Stadträte für kostengünstigere Feierlichkeiten am Samstag, den 13. September. Für die Vormittagsveranstaltungen wurden die Schüler Offenburgs vom Schulunterricht befreit, nachmittags wurden die Arbeitgeber gebeten, ihren Arbeitnehmern ohne Lohn einbußen freizugeben, doch die meisten arbeiteten vermutlich am Samstagnachmittag ohnehin nicht. Mit der französischen Besatzungsmacht lieferten sich Bürgermeister und Stadtrat einen kleinen Machtkampf, denn die eigentlich dem Anliegen positiv gegenüberstehende Militärregierung wollte partout nicht zulassen, dass aus der amerikanischen Zone Theodor Heuss als Festredner eingeladen werde. Staatspräsident Wohleb, dann selbst als Redner bei den Feierlichkeiten anwesend, hatte mit dem Lörracher Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Friedrich Vortisch für Ersatz für den ursprünglich geplanten Festredner gesorgt. Die Militärregierung schickte ihrerseits das Mitglied des Rats der Republik, den Elsässer Salomon Grumbach aus Paris. Repräsentanten aller Gemeinderatsfraktionen kamen zu Wort und so konnten eine Reihe wohlklingender Reden der Aufführung von Beethovens Neunter vorausgehen. Dass in Anlehnung an Beethoven „alle Menschen Brüder werden“ sollten, verweist wohl auf die weitaus naheliegenderen Probleme der Offenburger Kommunalpolitiker und der badischen Landesregierung im Umgang mit den Besatzern als auf ein sonderlich tiefes Interesse an der 1848er Revolution. So nutzten denn auch die Redner den Event, um die Erklärung der unbedingten Verfassungsfreunde von 1847 für die politischen Anliegen der Gegenwart passfähig zu machen. Im Festprogramm der Stadt Offenburg hieß es selbstbewusst, die Forderungen vom 12. September 1847 hätten für Baden eine größere Bedeutung gehabt als das Hambacher Fest und zunächst auch als die Arbeit der Nationalversammlung in Frankfurt. Aber aus dem Vermächtnis der Offenburger 1847er ergäbe sich vor allem die Verpflichtung

35 Schreiben Leo Wohlebs an das Bürgermeisteramt vom 12. April 1947, StadtA Offenburg, 5/1109.

36 Ebd.

der Nachkommen, *die Kraft zu gewinnen zur Meisterung der noch ungleich schwereren Aufgaben der jetzigen Zeit*, und wohl mit Blick auf die anwesende Besatzungsmacht hieß es weiter: *mit dieser Kraft muß in uns auch ein entschiedener Wille wachsen, uns nicht aus den Händen winden zu lassen, was unsere Vorfahren selbst nicht ernten durften*³⁷. Leo Wohleb ließ die Gäste der Gedenkfeier andererseits wissen, es läge ihm fern, die Bedeutung des Forderungskatalogs vom 12. September 1847 der entschiedenen Freunde der Verfassung *für den Gang der Ereignisse der 48er Bewegung zu überschätzen. Sie war Vorspiel eines Dramas*³⁸. Aber, so sein Resümee, *die entschiedenen Verfassungsfreunde haben sich gegen Unfreiheit gewendet, das Maß der Unfreiheit, das uns geknechtet, wäre ihnen unfaßlich gewesen, sie haben eine Entwicklung der Verfassung verlangt, über deren Schwierigkeit sie sich zu leicht hinweggesetzt haben. Aber im Entscheidenden waren sie klar – und das ist nach 100 Jahren ihr Ruhm – in ihrem Bekenntnis zur Selbstregierung des Volkes, in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit und in ihrem Begehren, daß ‚dem Deutschen werde ein Vaterland‘*³⁹. So lautete die Botschaft der Rede Wohlebs in klares Deutsch übertragen wohl folgendermaßen: Weltgeschichte, wie Adolf Geck behauptet hatte, schrieben die Verfasser der Offenburger Forderungen nicht. Sie gestalteten das Vorspiel eines Dramas. Realistisch hinsichtlich der Chance, eine Verfassungsänderung zu erkämpfen, seien die Verfasser des Forderungskatalogs von 1847 nicht gewesen. Wertvoll blieben jedoch ihre Freiheitsforderungen dennoch. Dies sei in Betracht der erfahrenen Unfreiheit in jüngster Vergangenheit besonders zu betonen – eine nur angedeutete nationalsozialistische Unfreiheit, die Wohleb großzügig für Täter und Opfer nicht näher differenzierte. Wenn Wohleb überdies hervorhob, dass den Offenburger 1847ern deshalb besonders Ruhm gebühre, weil sie die Selbstregierung des Volkes und ein deutsches Vaterland gefordert hätten, dann richtete sich dieser Pfeil vermutlich mehr gegen die Besatzungsmächte als gegen antidemokratische Strömungen in Vergangenheit und zeitgenössischer Gegenwart. Konsequenter wollte Wohleb daher auch den Katalog von 1847 um drei weitere Forderungen ergänzt wissen: *Wir verlangen Menschlichkeit und Frieden. Wir verlangen Ordnung und die europäische Konföderation*⁴⁰.

Abschließend sei erwähnt, dass sich Franz Huber noch am Tag der Feierlichkeiten in einem Brief bei Wohleb herzlichst bedankte. Gerade durch seine Mitarbeit und seine *Aktivität in kritischen Stunden* sei es gelungen, *die Fährlichkeiten zu überwinden*. Er wisse ja, *dass die Anregung zu dieser Feier, nicht*

37 Festprogramm zu den Feierlichkeiten am 13. September 1947 in Offenburg, StA Freiburg, A2, Bad. Staatskanzlei, C5-1, Nr. 860, Bild 67.

38 Ansprache des Staatspräsidenten anlässlich der Hundertjahrfeier in Offenburg am 13. September 1947, StA Freiburg, A2, Bad. Staatskanzlei, C5-1, Nr. 860, Bild 71.

39 Ebd., Bild 72.

40 Ebd.

*gerade auf grösste Begeisterung gestoßen sei*⁴¹. Wenige Jahre später wollte Franz Huber im Übrigen nicht mehr zu seiner Initiative stehen. In seinen 1952 veröffentlichten Erinnerungen an die Besatzungszeit schrieb er die Initiative für die Offenburger Feierlichkeiten dem französischen Militärgouverneur Pierre Robert zu.

So weit die Ereignisse rund um die Feierlichkeiten 1947. Mit ihnen fanden die Bemühungen um eine in der Revolution von 1847/49 verankerte Offenburger Tradition keineswegs ihr Ende. Erinnerung sei an die Ausstellung, die das Offenburger Stadtarchiv 1980 anlässlich der Heimattage Baden-Württembergs präsentierte⁴². Wie der damalige Offenburger Oberbürgermeister Martin Grüber in Anlehnung an Bundespräsident Gustav Heinemann in der Begleitbroschüre schrieb, ging es nun mit der Ausstellung darum, *in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Männer[n] [zu] spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren [zu] lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann*⁴³. Es ging mithin um civil society, um eine demokratische Traditionsstiftung für mündige Bürger. Sie waren 1980 anscheinend noch primär männlich gedacht und hinter dem postulierten Interesse des mündigen Bürgers verblassten offenbar alle Flügelkämpfe der Revolution und divergierenden Revolutionsdeutungen.

Dass die seit den Tagen Adolf und Marie Gecks in Offenburg verankerte lokale Tradition des Revolutionsgedenkens mit 1980 nicht ihr Ende fand, sondern mit dem großen 3-tägigen Offenburger Freiheitsfest von 1997 erneut tief ins kommunale Gedächtnis eingeschrieben wurde, erregte weit über Baden hinaus Aufmerksamkeit. Mit diesem Fest wurden die zum Teil heute noch nicht vollständig erfüllten Forderungen der Versammlung vom 12. September 1847 zur Sache mehr oder weniger der gesamten Einwohnerschaft Offenburgs gemacht. Die Stadt hat in der Folge die Erinnerung an die Freiheitsforderungen der Revolution mit den „Freiheitstagen“ verstetigt und beispielsweise neben vielen anderen Veröffentlichungen 2015 eine Publikation vorgelegt, die sich intensiv mit dem revolutionären Forderungskatalog von 1847 beschäftigt⁴⁴. Die Stadt Offenburg hat aber auch das Selbstbild der Freiheitsstadt mit der dunklen Seite der Geschichte, der Ächtung von Freiheitsrechten, der Aufarbeitung der Verfolgung der Juden während des Nationalsozialismus verwoben. Es ist ihr damit gelungen, das städtische Freiheits-Image kommunale Identität stiftend historisch zu ver-

41 Schreiben Hubers an Wohleb, 13. September 1947, StA Freiburg, A2, Bad. Staatskanzlei, C5-1, Nr. 861, Bild 18.

42 Vgl. Michael FRIEDMANN, Offenburg und die Badische Revolution von 1848/49: Begleitheft zur Ausstellung des Stadtarchivs anlässlich der Heimattage Baden-Württemberg 1980, Offenburg 1980.

43 Ebd., Vorwort.

44 Vgl. Menschenrechte und Geschichte: die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847, hg. von Sylvia SCHRAUT / Peter STEINBACH / Wolfgang M. GALL / Reinhold WEBER, Stuttgart 2015.

ankern, ohne die kommunale Geschichte zur reinen Erfolgsgeschichte umzudeuten und ohne die Gefahren, denen demokratische Freiheitsrechte ausgesetzt sind, zu verniedlichen. Der Rückblick in die Geschichte, motiviert von Identitätssuche, war und ist immer verbunden mit Orientierungsfragen in der Gegenwart. Folgerichtig endete ein Artikel von Michael Friedmann, Wolfgang M. Gall und Wolfgang Reinbold über das Freiheitsfest Offenburgs 1997 mit folgenden Worten: *Und bei all dem steht im Hintergrund immer die Frage: Wie ist es heute mit der Freiheit bestellt?*⁴⁵ Doch unabhängig von den jeweiligen zeitgenössischen Interpretationen der Revolutionsereignisse lieferten die am 12. September 1847 in Offenburg Versammelten ein Kernelement für Freiheitsdenken, das bei aller Deutungsvielfalt unverrückbar bestand und bestehen bleibt: Die Verfasser der Offenburger Forderungen von 1847 postulierten und glaubten an die „unveräußerlichen Menschenrechte“. Sie stellten damit ihren Forderungskatalog auf die elementare Grundlage jeglichen demokratischen Denkens und jeder demokratischen Verfassung. So unterschiedlich die Beweggründe 1897, 1947 oder 1997 gewesen sein mögen, in Offenburg an die Ereignisse von 1847 zu erinnern: Das lokale Engagement zeigte Wirkung weit über die Stadt hinaus, setzte Impulse in der Region und Baden übergreifend. Dies gelang im späten 19. Jahrhundert den Gecks mit ihrer Beeinflussung der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung zur badischen Revolution. 1947 erkannte die französische Besatzungsmacht das demokratische Potential der Revolutionsfeiern und betrieb ihre Weiterführung in ihrer Besatzungszone 1948⁴⁶. Und so ist eine wichtige Initiative für die vielgestaltigen badischen Revolutionsfeiern 1998 von den Vorbereitungen zur Offenburger 100-Jahr-Feier 1997 und vom damaligen Offenburger Stadtarchivar Michael Friedmann und seinen Mitarbeitern ausgegangen⁴⁷.

45 Michael FRIEDMANN / Wolfgang M. GALL / Wolfgang REINBOLD, Der Freiheit ein Fest! Offenburg, in: Für die Freiheit streiten! 150 Jahre Revolution im Südwesten 1848/49, in: In Baden-Württemberg, Kultur, Leben, Natur 44 (1997) S. 30–34, hier S. 34.

46 Vgl. Kurt HOCHSTUHL, In Erfüllung des Vermächtnisses. Revolutionsgedenken und Politik 1948 in Baden, in: Baden 1848/49, hg. von Clemens REHM / Hans-Peter BECHT / Kurt HOCHSTUHL, Stuttgart 2002, S. 317–326.

47 Vgl. hierzu: Hans-Joachim FLIEDNER, Eine Stadt erinnert sich. Versuch einer lokalen Aufarbeitung des Erinnerns an die Demokratiebewegung 1847–1849, in: Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, hg. von Dieter LANGEWIESCHE, Karlsruhe 1998, S. 195–226.